

XII. Für eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft

Die bäuerliche Landwirtschaft erhalten

Die bäuerliche Landwirtschaft, wie sie in Süddeutschland jahrhundertlang bestand, hat sich im letzten halben Jahrhundert dramatisch verändert.

Die Konzentration, das „Wachsen oder Weichen“, für das sich die Bauern immer wieder entscheiden müssen, ist schon weit fortgeschritten. Es führte zwar zu einer Verbilligung der Nahrungsmittel, aber auch zu einer Massentierhaltung, die in vielen Fällen nicht mehr tiergerecht ist, bei den Tieren zu Leiden und Schäden führt und einen hohen Medikamenteneinsatz, insbesondere an Penicillin, erfordert. Wir sind für eine Förderung artgerechter Tierhaltung und für ein weitgehendes Verbot des Einsatzes von Penicillin, wie dies z.B. in Schweden praktiziert wird.

Die Intensivierung der Pflanzenproduktion hat zu immer stärkeren Belastungen der Böden und Gewässer mit Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln geführt. Die Überdüngung der Böden wird noch durch die Intensivtierhaltung und die Verfütterung von Soja und anderen eiweißhaltigen, importierten Futtermitteln verstärkt.

Nun wollen große Konzerne der Landwirtschaft den Anbau genetisch manipulierter Pflanzen aufdrängen. Dies lehnen wir entschieden ab. Auch ohne diese Gentechnik haben wir in Europa eine Überproduktion an Nahrungsmitteln. Die Gentechnik brauchen wir nicht und sie birgt unkalkulierbare Gefahren.

Diese Entwicklung bringt die Landwirte immer stärker in die Abhängigkeit der Agrarindustrie, der Chemiekonzerne, der Banken und der großen Handelsketten. Die Landwirte werden so erpressbar gemacht.

Wir wollen die Zuchtbetriebe ohne Genmanipulation als Kulturträger unterstützen und schützen, damit sie den Verdrängungswettbewerb mit den Saatgutmultis bestehen können. Wir wollen dem Prozess der Konzentration begegnen und nehmen dabei in Kauf, dass wir für unsere Nahrungsmittel faire Preise bezahlen, mit denen die Landwirte existieren können. Diese Forderung hat für uns die gleiche Bedeutung wie die Einführung eines Mindestlohnes für alle abhängig Beschäftigten. Die neoliberale Ausnutzung der Schwächeren lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir sind für eine Einschränkung des Transports von Futter- und Nahrungsmitteln und ganz besonders der Tiertransporte. Wir fordern eine Deklarationspflicht für Futtermittel; die Bauern und Verbraucher müssen wissen, was verfüttert wird.

Regionalisierung und Ökologisierung

Wir sind für die Wiedereinrichtung regionaler Schlachthäuser in Baden-Württemberg. Was jahrhundertlang möglich war, die Schlachtung von Rindern und Schweinen in jeder Stadt, ist auch heute möglich. Der Unsinn, der auf diesem Gebiet betrieben wird - der Transport von lebendem Schlachtvieh über hunderte von Kilometern in Megaschlachthäuser - ist abzulehnen wegen Tierquälerei, als Verschwendung von Energie und als eine Maßnahme, die durch die dadurch entstehende Seuchengefahr zu einem immensen Aufwand an Seuchenprävention geführt hat.

Wir wollen den Umbau der Landwirtschaft zu regionalen Versorgern der Bevölkerung mit gesunden, preiswerten Lebensmitteln. Die schon in Gang gesetzte Ökologisierung der Landwirtschaft muss weiter forciert und sozial ausgestaltet werden. Wir wollen in den agrar- und forstwissenschaftlichen Fakultäten die Erforschung biologischer und biologisch-

dynamischer Methoden in der Pflanzen- und Tierzucht intensivieren und ausbauen. Ziel bei der Verwirklichung einer ökologischen Landwirtschaft muss es sein, dass der Einkauf auf dem Wochenmarkt oder in der Markthalle kein Luxus bleibt, sondern wieder zur Selbstverständlichkeit gehört.

Wir können die Meinungsäußerung einer früheren Bundesministerin nicht teilen, dass gesunde Nahrung auch ihren (hohen) Preis haben muss.

Wir unterstützen ein Landesförderprogramm für die Direktvermarktung ökologischer Produkte, damit sie billiger auf den regionalen Märkten angeboten werden können.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Agrarsubventionen ausschließlich für die Förderung von Familienbetrieben und von Genossenschaften verwenden, die den Anforderungen an umwelt- und tiergerechtem Wirtschaften und der Erzeugung gesunder, chemisch unbelasteter Lebensmittel genügen und die in der EU erzeugte Futtermittel einsetzen. Es ist völlig inakzeptabel, dass die Agrarsubventionen der EU weiterhin vor allem den Großbetrieben zugute kommen. Wir wollen eine Offenlegung der Verwendung der Subventionsgelder, wie dies in einigen EU-Ländern der Fall ist.

Um die Bauern aus der Abhängigkeit der Agrarindustrie zu befreien, wollen wir die Landwirtschaftsämter wieder personell aufstocken und sie organisatorisch auf Landesebene zusammenfassen, damit sie ihrer Funktion als Berater der Landwirte gerecht werden können. Ihre organisatorische Dezentralisierung, wie sie bei der letzten Verwaltungsstrukturreform durchgeführt wurde, schwächt die Handlungsfähigkeit der Landwirtschaftsämter.

Baden-Württemberg hat eine von Landstrich zu Landstrich vielfältige Kulturlandschaft, die früher durch die typischen Pflanzen und Bäume der Bauern geprägt wurde. Für die Erhaltung dieser wunderbaren Kulturlandschaften müssen die Landwirte natürlich auch weiterhin entlohnt werden. Durch die kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft wird dieses Landschaftsbild gesichert bzw. wiederhergestellt, das Gleichgewicht in der Natur erhalten, das Landschaftsbild verschönert (Streuobstwiesen).

Angesichts der Endlichkeit der fossilen Rohstoffe gewinnt die Energie aus Biomasse an Bedeutung. Wir wollen die Entwicklung von Heizungen mit Holz und Pflanzenöl fördern, und wir wollen den Aufbau von kleinen, dezentralen Energiezentren (Biogas, Holzhackschnitzel) unterstützen. Dies erschließt den Landwirten eine weitere Einnahmequelle und schützt unsere Umwelt.

Kontinuität und langfristige Planung in der Forstwirtschaft

Die Forstwirtschaft in Baden-Württemberg ist in den letzten Jahren mit großen Problemen konfrontiert worden. Luftverschmutzung, Klimaveränderung, Schädlingsbefall und Sturmschäden führten zu starken Verlusten und zu einer nachhaltigen Schädigung der Bestände. Der jüngste Waldzustandsbericht weist eine „deutliche Schädigung“ von 43,3 % der Waldfläche aus und konstatiert eine „gravierende Verschlechterung“ in den letzten sechs Jahren.

Bei diesem kritischen Zustand der Wälder ist die Vergrößerung der Forstreviere und die damit verbundene Reduzierung des Personals um etwa ein Drittel in hohem Maße verantwortlich, ebenso ist die in jüngster Zeit veranlasste Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und der damit geplante weitere Abbau des Personals um 20 % unangemessen und der Sache nicht dienlich. In der momentanen Situation bedürfen die Wälder einer intensiven Beobachtung und Pflege, damit weitere Schäden vermieden werden können.

Natürlich muss diese verbesserte Pflege der Wälder durch eine ökologische Veränderung unserer Wirtschaftsweise ergänzt werden.